



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung



Bundestransferstelle
Soziale Stadt

Dritter Fachpolitischer
Dialog zur Sozialen Stadt:
Praxiserfahrungen und
Perspektiven

Auswertungsbericht

Berlin, November 2006

Deutsches Institut für Urbanistik



Dritter Fachpolitischer Dialog zur Sozialen Stadt – Praxiserfahrungen und Perspektiven

Auswertungsbericht (November 2006)

Im November 2003 eröffnete das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW), heute: für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), die Veranstaltungsreihe „Fachpolitische Dialoge zur Sozialen Stadt“ als eine Diskussionsplattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch der an der Umsetzung des Programms Beteiligten und Interessierten. Im Mittelpunkt des Ersten Fachpolitischen Dialog am 20. November 2003 standen die Ergebnisse der Programmbegleitung durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und der Untersuchungsansatz zur Zwischenevaluierung durch das Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (IfS). Der Zweite Fachpolitische Dialog am 14. Oktober 2004 konzentrierte sich auf die Ergebnisse dieser Zwischenevaluierung sowie auf die auf ihnen basierenden Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Programms und seiner Umsetzung. Der dritte Fachpolitische Dialog, der am 26. Oktober 2006 stattfand, widmete sich den Ergebnissen der 3. bundesweiten Befragung in den Programmgebieten der Sozialen Stadt sowie den – auch daraus ableitbaren – Aspekten einer Weiterentwicklung des Programms Soziale Stadt.



Der Einladung zum dritten Fachpolitischen Dialog folgten etwa 140 Akteure der Sozialen Stadt, aus Politik, Fachverbänden und der Fachöffentlichkeit. Sie diskutierten in einem ersten thematischen Block ausgewählte Ergebnisse der 3. Befragung der Soziale Stadt Gebiete. Im zweiten Teil schloss sich eine breiter angelegte Diskussion um die Weiterentwicklung des Programms Soziale Stadt an – geleitet von der Frage „Brauchen wir neue Akzente?“

Umfrageergebnisse und Praxiserfahrungen aus den Gebieten der Sozialen Stadt

Um das empirische Wissen zur Programmumsetzung und zu den Wirkungen in den Stadtteilen zu aktualisieren, führte das Difu als Bundestransferstelle Soziale Stadt im Sommer 2005 im Auftrag von BMVBS und BBR eine dritte Befragung in den Programmgebieten der Sozialen Stadt durch. Dabei sollte zum einen weitgehende Vergleichbarkeit zu den Fragen der zweiten Umfrage aus dem Jahr 2002 hergestellt, zum anderen aber auf notwendige Korrekturen und Ergänzungen nicht verzichtet werden, die sich aus Ergebnissen der inzwischen vorliegenden Evaluierungen und Erfahrungen ergeben. Adressaten der dritten Befragung waren – wie auch schon bei den beiden Vorgängerumfragen – die kommunalen Ansprechpartnerinnen und -partner für die Programmgebiete der Sozialen Stadt. Grundgesamtheit für diese Befragung bildeten die 392 Programmgebiete des Bundesprogramms 2005. Der Rücklauf betrug insgesamt 70,2 Prozent (275 von 392 Programmgebieten). Präsentiert und zur Diskussion gestellt wurden im Rahmen des dritten Fachpolitischen Dialogs drei ausgewählte Themenkomplexe: Integrierte Entwicklungs-

konzepte, Mittelbündelung sowie die Einschätzungen der Befragten hinsichtlich der erreichten Verbesserungen. Die Darstellungen der Umfrageergebnisse wurden durch Beiträge aus kommunaler, Länder- und Quartiersperspektive ergänzt.

Steuerung und Koordinierung durch Integrierte Entwicklungskonzepte

Die Befragung zeigt, dass sich das Integrierte Entwicklungskonzept als zentrales Steuerungs- und Koordinierungsinstrument sozialer Stadtteilentwicklung weiter etablieren konnte und seine Wertschätzung seitens der kommunalen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Programmgebiete der Sozialen Stadt zugenommen hat. Integrierte Entwicklungskonzepte erfahren heute auch eine stärkere politische Rückendeckung. Gleichwohl wird in einigen Ländern noch Nachholbedarf sichtbar. Die Federführung für die Erarbeitung des Integrierten Entwicklungskonzeptes liegt weiterhin mehrheitlich beim Bereich Planen/Bauen/ Stadtentwicklung. Die Beteiligung aller für die Programmumsetzung



relevanten Ämter an der Erarbeitung des Integrierten Entwicklungskonzeptes ist noch immer keine Selbstverständlichkeit, es sind jedoch positive Entwicklungen festzustellen. Bei der Einbindung verwaltungsexterner Akteure und der Quartiersbevölkerung in die Erarbeitung der Integrierten Entwicklungskonzepte gibt es erhebliche Fortschritte; Defizite existieren aber weiterhin bei der Beteiligung des Gewerbebereiches sowie der Arbeitsverwaltung.

Aus der Perspektive des Quartiersmanagements (Axel Vogt, Soziale Stadtteilentwicklung, Bezirksamt Eimsbüttel, Hamburg) wird das Instrument Integriertes Entwicklungskonzept kritischer beurteilt, auch wenn gleichzeitig hervorgehoben wird, dass es keine Alternative zu diesem Instrument gebe. Betont wird, dass viele der an dieses Instrument gerichteten Ansprüche zu hoch seien und Integrierte Entwicklungskonzepte die Vielzahl der an sie gerichteten Erwartungen nur schwer erfüllen können. Der praktische Stellenwert des Instrumentes sei umstritten, da das Konzept und die jeweilige Umsetzung in der Praxis nicht immer zusammenpassen würden und ein Integriertes Entwicklungskonzept alleine keine Garantie für eine qualitätsvolle Umsetzung des Programms darstelle. In diesem Zusammenhang müsse das Kosten-Nutzen-Verhältnis in Frage gestellt werden, zumal die ressortübergreifende Kooperation und der sozialräumliche Ansatz zumeist am Beispiel einzelner Projekte besser vermittelt werden könnten. Die Einschätzung, dass die Konzepte kaum gelesen und auch die damit verknüpfte Aktivierung geringer als erhofft ausfalle, wurde in der anschließenden Diskussion nicht von allen geteilt. Gerade die Aktivierungsmöglichkeiten, die sich aus einer gezielten Kommunikationsstrategie ableiten lassen, wurden im Hinblick auf eine Beteiligung der Bevölkerung an der Entwicklung Integrierter Entwicklungskonzepte hoch eingeschätzt. Positive Effekte wurden vor allem in den integrierten Gebietsanalysen der Entwicklungskonzepte sowie ihrer Bedeutung als Grundlage der Berichterstattung und Erfolgskontrolle gesehen.

Ressourcenbündelung – Achillesferse des Programms?

Das Programm Soziale Stadt ist darauf angelegt, neben den eigenen Programmmitteln für Investitionen weitere Fördermittel aus verschiedenen Ressorts, aber auch nicht öffentliche Mittel in die Programmgebiete zu lenken, um dort im Sinne eines integrierten Entwicklungsansatzes sowohl investive als auch nicht-investive Maßnahmen durchzuführen. Die hierfür erforderliche Mittelbündelung hat sich bisher als „Achillesferse“ der Programmumsetzung erwiesen. Beim Einsatz von Programmmitteln Soziale Stadt für nicht-investive Bestandteile der städtebaulichen Gesamtmaßnahme ist verglichen mit den Ergebnissen der zweiten Befragung eine ambivalente Entwicklung zu beobachten. Noch immer berichtet mehr als die Hälfte der Befragten, dass es nicht-investive Bestandteile gibt, für die sie gerne Mittel der Sozialen Stadt einsetzen würden, dies aber nicht tun können. Hier zeigen sich vor allem erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern, der prozentuale Anteil der für nicht-investive Bestandteile eingesetzten Mittel der Sozialen Stadt schwankt zwischen den Programmgebieten erheblich. Bei den zusätzlich zu Mitteln der Sozialen Stadt eingesetzten EU-Fördermitteln spielt das Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)“ eine herausragende Rolle; dieses Programm wird von den Befragten für das wichtigste Programm zur Durchführung nicht-investiver Maßnahmen gehalten. Bei den zusätzlich eingesetzten Bundesprogrammen ist die ebenfalls nicht-investive Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten – E&C“ Spitzenreiter. Private Mittel in die Gebiete der Sozialen Stadt zu lenken, gelingt heute besser als zum Zeitpunkt der zweiten Befragung. Die wichtigste Rolle bei der Mittelbündelung spielen weiterhin die kommunale Ebene, die Quartiersebene sowie die Ebene von Einzelprojekten. Die Effektivität der Mittelbündelung für die Programmumsetzung in den Gebieten wird von den kommunalen Ansprechpartnerinnen und -partnern positiver beurteilt als 2002. Änderungsbedarf für eine effektivere Mittelbündelung wird von den Befragten weiterhin stärker auf der Landes- als auf der kommunalen Ebene gesehen.



Aus Ländersicht (Klaus Austermann, Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf) zeigen sich vielfältige Möglichkeiten einer Ressourcenbündelung, die beispielsweise in Nordrhein-Westfalen durch Beschlüsse zur ressortübergreifenden Kooperation auf Landesebene bekräftigt werden. Eine wichtige Rolle nimmt in diesem Kontext die Interministerielle Arbeitsgruppe (Intermag) als Schlüsselgremium der Landesressortabstimmung ein. Dort werden auch Kriterien zur gebiets-

bezogenen Kombination von Förderprogrammen frühzeitig z.B. bei der Aufnahme neuer Stadtteile in das Programm auf der Grundlage der integrierten Entwicklungskonzepte abgestimmt. Genutzt werden gleichzeitig die Spielräume des Programms in der Gestaltung des Verhältnisses zwischen investiven und nicht-investiven Bestandteilen. Die Möglichkeit, „Experimentierspielräume offenzuhalten“ und kleinteilige Maßnahmen, für die keine klaren Fördertatbestände definiert sind, zu fördern, können beispielsweise zur Förderung von Impulsprojekten in den Handlungsfeldern „Integration von Migranten/innen“ oder „Bildung im Quartier“ beitragen.

Chancen und Erfolge – Einschätzungen aus der Umsetzungspraxis

Im Rahmen der dritten Befragung wurden abschließend Einschätzungen und subjektive Wertungen der kommunalen Ansprechpartner/innen erhoben, eine differenzierte Wirkungsanalyse des Programms konnte mit der Befragung nicht durchgeführt werden. Sowohl hinsichtlich einzelner Merkmale der materiellen und nicht-materiellen Verbesserungen der Lebenslage im Gebiet als auch hinsichtlich Verbesserungen der Lebensperspektiven für die Gebietsbevölkerung vermelden kommunale Ansprechpartnerinnen und -partner Erfolge des Programms Soziale Stadt; allerdings finden sich auch Schwachstellen in einzelnen Handlungsfeldern. Bei den strategischen Handlungsfeldern „Kooperation“, „Mittleinsatz und Mittelbündelung“ sowie „Aktivierung und Beteiligung“ werden als Programmwirkung ebenfalls Fortschritte von den kommunalen Ansprechpartnerinnen und -partnern verzeichnet, die vor allem Aktivitäten von Verwaltung, Quartiersbevölkerung und Vernetzung der lokalen Akteure, Institutionen und Initiativen betreffen; Engagement und Einbindung der Wirtschaftsakteure bleiben allerdings weiterhin defizitär. Die Handlungsfelder „Bildung im Stadtteil“, „Integration von Migrantinnen und Migranten“ sowie „Lokale Ökonomie“ haben sich im Zuge der Programmumsetzung Soziale Stadt als zentral herausgestellt. Während für „Bildung im Stadtteil“ und „Integration von Migrantinnen und Migranten“ durchaus Fortschritte und Verbesserungen von den kommunalen Ansprechpartnerinnen und -partnern verzeichnet werden, klaffen hinsichtlich des Ziels „Stärkung der Lokalen Ökonomie im Stadtteil“ Wunsch und Wirklichkeit nach wie vor weit auseinander.

Auch wenn aus Perspektive des Quartiersmanagements (Maren Schreier, Projektgruppe Tenever, Amt für Soziale Dienste/Quartiersentwicklung, Bremen) die eine oder andere Einschätzung bezüglich der durch das Programm erreichten Verbesserungen zurückhaltender erfolgt, wird auch aus dieser Sicht betont, dass das Programm trotz oft statistisch nicht nachweisbarer Verbesserungen in den Quartieren zu positiven Veränderungen beitrage oder diese initiere. Betont wird jedoch die Notwendigkeit, die Möglichkeiten und Grenzen des Programms genau zu betrachten. Vor allem die im Vergleich zum Handlungsfeld „Aktivierung und Beteiligung“ geringeren Veränderungen in den Handlungsfeldern „Bildung im Stadtteil“ und „Lokale Ökonomie“ verweisen auf die Grenzen des Programms. Dies gelte ebenso für Folge- bzw. Betriebskosten, die häufig für gute Investitionen durch das Programm Soziale Stadt, z. B. die Errichtung einer Sporthalle für den Stadtteil, später nicht zur Verfügung stünden. Dennoch müssten die Potenziale, die im ressortübergreifenden Ansatz, der Verknüpfung von investiven und nicht-investiven Mitteln, den erweiterten Beteiligungsmöglichkeiten sowie den neuen Formen demokratischer Mittelvergabe liegen, hervorgehoben werden.

Weiterentwicklung des Programms Soziale Stadt – Brauchen wir neue Akzente?



Die Podiumsrunde, die sich mit neuen Akzenten einer Weiterentwicklung des Programms Soziale Stadt beschäftigte, setzte sich aus folgenden Teilnehmer/innen zusammen: Willi Hoppenstedt, SAGA GWG (Hamburg) als Vertreter der Wohnungswirtschaft, Reinhard Thies, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (Berlin) als Vertreter der Gemeinwesenarbeit, Petra Hochtritt,

Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung (Leipzig) als Vertreterin der Kommunen, Klaus Austermann, Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW (Düsseldorf) als Vertreter der Länder, Angelika Baestlein, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Berlin) als Vertreterin des Bundes. Sowohl in den einzelnen Beiträgen der Gesprächspartner/innen als auch den Redebeiträgen des Publikums wurden Schwerpunkte bezüglich der Empfehlungen zur Fortentwicklung des Programms Soziale Stadt gesetzt.

Besonders hervorgehoben wurde in zahlreichen Beiträgen die zunehmende Bedeutung von Ansätzen zur **Verstetigung**, die im Unterschied zu den Anfängen des Programms Soziale Stadt nun in der Programmausgestaltung deutlicher in den Blick rücken und auch im Programm selbst festgeschrieben werden sollten. Die notwendige weitere Finanzierung zentraler Maßnahmen sowie die Akteure, die für eine nachhaltige Sicherung der aufgebauten Strukturen notwendig sind, wurden in diesem Zusammenhang besonders genannt. Betont wurde im Hinblick auf Verstetigung die besondere Rolle der Wohlfahrtsverbände als wichtige Organisationen, die die Struktur Soziale Stadt nicht nur langfristig unterstützen können sondern auch sollten. Diese Verbände waren vor Beginn des Programms Soziale Stadt in den Quartieren präsent, sie sind während der Förderzeiträume aktiv und werden auch anschließend in den Quartieren wirken. Deshalb sind sowohl die großen Wohlfahrtsverbände als auch kleinere Träger der Alten-, Kinder-, Jugend- und Wohnungslosenhilfe wichtige Akteure, die die im Rahmen des Programms Soziale Stadt aufgebauten Strukturen auch nach Auslaufen des Programms unterstützen sollten. Darüber hinaus stellen sie unabhängig von der Programmförderung schon über Jahre Mittel und Ressourcen in den Stadtteilen zu Verfügung. Dies umfasst auch die Kirchen, die in den Quartieren ebenfalls als zivilgesellschaftliche Akteure wirken. Als notwendig wird es deshalb erachtet, diese Organisationen noch stärker in die Projektentwicklung einzubinden. Denkbar seien beispielsweise Projekte, die die Liegenschaften der Kirchen einbeziehen; so könnten z.B. nicht ausgelastete Gemeindezentren in Nachbarschaftszentren umgewandelt werden. Die Akteure der Wohlfahrtspflege und der freien Träger müssten zukünftig stärker als strategische Partner einbezogen und als aktive Partner in Schlüsselprojekten gewonnen werden.

Bezogen auf die ebenfalls wichtigen Partner aus der Wohnungswirtschaft wurde mehrfach mit Hinweis auf die aktuellen Tendenzen der Privatisierung auf den damit verbundenen Wandel der Interessenslagen und einen möglichen Rückzug aus der Kooperation hingewiesen.



Von Seiten der Wohnungswirtschaft wurde in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der Ausweisung von *Housing Improvement Districts*, bzw. *Neighbourhood Improvement Districts* hingewiesen. Diese Regelungen sollten in das Baugesetzbuch aufgenommen werden, um Finanzinvestoren, die in diesen Quartieren nach Erwerb größerer Wohnungsbestände die Bautätigkeiten einstellen, dazu zu zwingen, sich an solchen Maßnahmen zu beteiligen.

Hervorgehoben wurde mit Blick auf ein Auslaufen der Fördermittel auch, dass selbst bei einem gelungenen Aufbau selbsttragender Strukturen in den Quartieren ein gewisser finanzieller Nachlauf notwendig sei. Verwiesen wurde dabei beispielhaft auf das in Hamburg entwickelte Finanzierungsmodell einer zukünftigen finanziellen Drittelbeteiligung von Bezirk, Vermieter und Mieter, um die Beträge für die Folgejahre zur Verfügung stellen zu können. Auch wenn einschränkend darauf hingewiesen wurde, dass keine Mitfinanzierung durch die Mieter erfolgen könne, sind die dortigen Wohnungsbaugesellschaften mit diesem Vorgehen einverstanden.

Einen weiteren Schwerpunkt der Beiträge bildete das Thema **Finanzierung**, bei dem die kommunalen Eigenmittel, das Verhältnis von investiven zu nichtinvestiven Mitteln sowie die Mittelbündelung diskutiert wurden. Aus kommunaler Perspektive wurde auf den umfassenden kommunalen Eigenmitteleratz als größtes Problem verwiesen, da ein 33-prozentiger Eigenanteil der Kommune vor allem für die Städte und Gemeinden in den ostdeutschen Ländern zu hoch sei. Bisher könnten beispielsweise in Sachsen kommunale Eigenmittel nur durch Mittel der Kirchen oder gemeinnütziger Vereine ersetzt werden, während z.B. in Nordrhein-Westfalen ein weitaus flexiblerer Umgang mit der Übernahme kommunaler Eigenmittel erfolgt. In Abhängigkeit der kommunalen Finanzlage variieren die kommunalen Eigenmittel hier derzeit zwischen zehn und vierzig Prozent, die Differenz übernimmt das Land.

Einhellig wurden die mit den neuen Modellvorhaben verbundenen Veränderungen und neuen Spielräume in der Förderung begrüßt, die auch auf das gesamte Programm übertragen werden sollten. Dies betrifft auch das Verhältnis von investiven zu nicht-investiven Mitteln. Der nicht-investive Anteil werde in einigen Ländern sehr eng ausgelegt. Zur damit verbundenen Problematik eines investiven Förderprogramms, das zwar geöffnet werde, aber nicht unbegrenzt in den Bereich nicht-investiver Maßnahmen ausgedehnt werden kann, wurde in einigen Ländern Bedarf an einer stärkeren Informationsvermittlung und Vernetzung sichtbar.

Bei der Mittelbündelung wurde mit Verweis auf die Kopplung europäischer und nationaler Förderprogramme die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Regelung angeführt, um die Möglichkeiten der Programmbündelung nicht bei jedem Projekt neu verhandeln und durch

Ausnahmegenehmigungen erreichen zu müssen. Mit Blick auf die kommende Förderperiode sollte vor allem das Zusammenspiel der Förderprogramme Soziale Stadt und EFRE geklärt sein.

Mit Bezug auf die 3. Befragung in den Gebieten der Sozialen Stadt, in der eine eher zurückhaltende Einschätzung der im **Handlungsfeld „Lokale Ökonomie“** erfolgten Veränderungen festzustellen war, wurden die Chancen aber auch Grenzen dieses Handlungsfeldes diskutiert. Auf der einen Seite wurde in mehreren Beiträgen betont, dass vor Ort vieles in Hinblick auf Arbeitsplätze – zumindest zeitlich befristet – in Bewegung gekommen sei. Verwiesen wurde auf positive Erfahrungen mit Stadtteilgenossenschaften (Berlin) sowie auf die Beratung von Existenzgründer/innen, auf die Beratungsangebote für Kleingewerbe und die Aufwertung vorhandener Einkaufsstraßen. Diesen einzelnen Erfolgen stehen jedoch größere Schwierigkeiten gegenüber, die vor allem aus der momentanen Ausrichtung der Arbeitsmarktförderung auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt beruhen. Für die Projekte in der Sozialen Stadt sei dieses Vorgehen unzureichend, da eine längerfristige Realisierung von Qualifizierungen im zweiten Arbeitsmarkt fehle. Die derzeit vorhandenen Möglichkeiten seien zu kurzfristig und könnten deshalb keine nachhaltige Wirkung entfalten. Wünschenswert wäre eine umfassende Privilegierung der Gebiete der Sozialen Stadt bei der Beschäftigungsförderung, die jedoch einen sozialräumlichen Ansatz der Arbeitsagenturen voraussetze.

Eine Intensivierung der Kooperation mit der städtischen Wirtschaftsförderung ist Bestandteil der in Nordrhein-Westfalen geplanten stärkeren Akzentsetzung auf das Thema Lokale Ökonomie. Da vor allem für diese Akteure das Thema noch unbekannt ist, werden weitergehende, an Programm URBAN II orientierte Strategien als notwendig erachtet. Schwerpunkt werden u.a. die Möglichkeiten einer Kreditförderung von Unternehmen im Stadtteil und die dafür erforderlichen neuen Instrumente sein.



Auch das **Handlungsfeld „Schule und Bildung im Quartier“** wurde als weiterhin zentrales Thema diskutiert. Solange die schlecht bewertete Schulsituation vor allem in den Quartieren der Sozialen Stadt noch immer einen wichtigen Abwanderungsgrund darstellt, sollte Schule ein integraler Bestandteil des Programms sein. Mit Verweis auf das Programm zur Förderung von Ganztagschulen wurde auf die noch immer unzureichende Verknüpfung der Fachpolitik auf Länderebene mit dem Programm Soziale

Stadt hingewiesen. Eingefordert wurde ein stärkeres ressortübergreifendes Denken und die Perspektive der Stadtteilorientierung vor allem beim Thema „Bildung im Stadtteil“. Dies treffe aber ebenso auf Lokale Ökonomie und beispielsweise die Einbindung der Wirtschaftsförderung zu.

Bestätigt wurden die Ergebnisse der 3. Difu-Befragung zum Thema **Aktivierung und Beteiligung**. In den vor Ort ausgebildeten Aktivierungs- und Beteiligungsansätzen liege die Stärke des Programms. Verwiesen wurde erneut auf die Bedeutung der Beteiligung der Bewoh-

ner/innen durch Verfügungsfonds und Stadtteilbudgets. Nicht nur in diesem Zusammenhang wurde auf die Bedeutung der Qualität des jeweiligen Quartiersmanagements verwiesen. Anregt wurde, über entsprechende Qualitätsstandards nachzudenken.

Insgesamt deutlich wurde die einhellig positive Einschätzung des Programms Soziale Stadt, die sich als Roter Faden durch die Beiträge auf dem Podium und aus dem Publikum zog. Vor allem die neue Möglichkeit, Modellvorhaben durchzuführen, beinhaltet weitergehende Ansätze, zur Ergänzung der baulichen Investitionen auch Maßnahmen in den Bereichen Bildungs-, Jugend-, Beschäftigungspolitik, lokale Ökonomie und der Integration zu fördern; dies wurde ausdrücklich begrüßt und als wichtiger Eckpfeiler für eine weitere Verbesserung des Programms gesehen. Ebenso deutlich wurde der Wunsch nach weiteren Foren des Erfahrungsaustausches auf Länder- aber auch auf Bundesebene geäußert.